

Das deutsche Jobwunder

Arbeitsmarkt. Seit dem Frühjahr gehen die Arbeitslosenzahlen nicht mehr zurück – trotzdem steigt die Zahl der Beschäftigten weiter und vor allem die Teilzeit boomt. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe.

Seit Jahresbeginn hat die konjunkturelle Dynamik in Deutschland nachgelassen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs zwischen April und Juni 2012 gegenüber dem Vorquartal nur um 0,3 Prozent, nachdem im ersten Jahresviertel noch ein Plus von 0,5 Prozent verzeichnet wurde.

Das gemächlichere Wachstumstempo hat sich auf dem Arbeitsmarkt aber bislang kaum niederschlagen. Und eine Entlassungswelle ist schon gar nicht in Sicht:

- **Arbeitslosigkeit.** Die Zahl der Arbeitslosen steigt zwar seit Juli 2012 wieder leicht an. Im August waren 2,9 Millionen Menschen arbeitslos

gemeldet, etwa 30.000 mehr als im Juli. Im Jahresdurchschnitt jedoch dürften rund 100.000 Arbeitslose weniger gezählt werden als 2011.

Zudem melden die Betriebe weniger Vakanzen – die Zahl der neu gemeldeten freien Stellen ist binnen

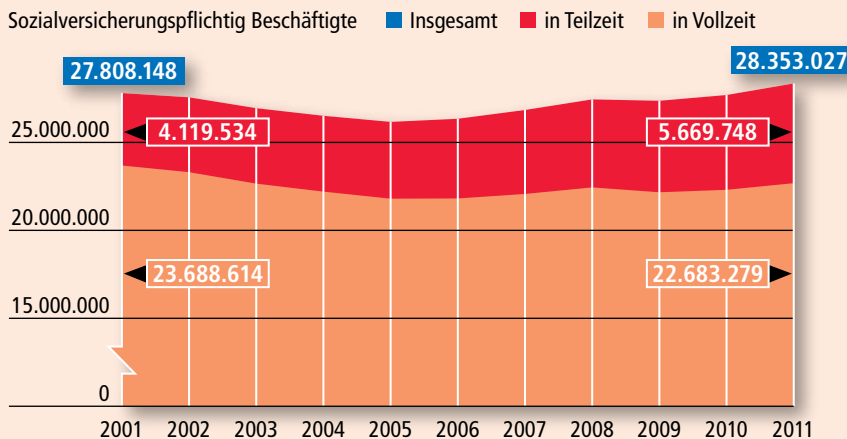
Frank-Jürgen Weise,
 Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit, in Welt Online:
**Das ist eher eine kleine Delle,
 aber eigentlich noch eine ganz gute Entwicklung.**

eines Jahres von 189.000 auf 167.000 zurückgegangen. Das Jobangebot ist aber mit 1 Million nach wie vor hoch.

Die Zahl der Zeitarbeitskräfte nahm ebenfalls geringfügig ab, bleibt aber auf hohem Niveau. So waren im Juni 2012 rund 860.000 Arbeitnehmer auf Zeit in Unternehmen beschäftigt, 40.000 weniger als ein Jahr zuvor.

- **Beschäftigung.** Hier scheint die Entwicklung so gar nicht zu →

Teilzeit boomt



Jeweils Ende Juni; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 37

Inhalt

Wertschöpfungsketten. Industrieunternehmen in Deutschland sind wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Allerdings verändern sich Wertschöpfungsketten im globalen Wettbewerb.
 Seite 3

EU-Sozialpolitik. Die europäischen Institutionen mischen auch in der Sozialpolitik kräftig mit, obwohl dafür die nationalen Regierungen zuständig sind. Die Konsequenzen tragen die Bürger.
 Seite 4-5

Bundesländer-Vergleich. Der Osten wächst dynamischer als der Westen und holt beim Wohlstandsniveau auf, wie das Bundesländerranking der IW Köln Consult zeigt.
 Seite 6-7

Möbelindustrie. Die Branche hat sich von der Wirtschaftskrise erholt, die Exporte steigen. Nur die Probleme in einigen Eurostaaten machen den deutschen Möbelherstellern Sorgen.
 Seite 8

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Präsident:
 Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen
 in Deutschland

→ den Meldungen der Arbeitsagenturen zu passen. Denn die Zahl der Jobs ist in den vergangenen Monaten weiter gewachsen, allein zwischen April und Juli um 75.000.

Enzo Weber, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, in Frankfurter Rundschau:

Bei der Arbeitslosigkeit ist schwer vorstellbar, dass es in diesem Jahr noch besser wird.

Im Sommer 2012 waren in Deutschland 41,7 Millionen Menschen erwerbstätig – eine halbe Million mehr als ein Jahr zuvor.

Das bedeutet aber auch, dass die neuen Stellen vorrangig von Personen aus der sogenannten stillen Reserve – vornehmlich Hausfrauen und -männer – besetzt werden. Der Grund: Diejenigen, die jetzt noch von den Arbeitsagenturen vermittelt werden müssen, sind nur schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Sie haben oft ein oder mehrere Handicaps. Vielen fehlt die fachliche Qualifikation oder sie haben gesundheitliche Probleme.

Mehr als 40 Prozent der Arbeitslosen verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung, 35 Prozent sind langzeitarbeitslos.

Gleichzeitig gibt es aber viele qualifizierte Frauen, die für eine Kinderpause aus ihrem Beruf ausgestiegen sind und nur auf eine neue Chance warten. So wollen 75 Prozent der „inaktiven“ Frauen zwischen 25 und 54 Jahren auf den Arbeitsmarkt zurückkehren.

Die Zunahme der Beschäftigung speist sich noch aus einer zweiten Quelle: Viele Zuwanderer kommen auf der Suche nach einem Job nach Deutschland (vgl. iwd 35/2012). Im vergangenen Jahr zogen, abzüglich der Abwanderungen, 280.000 Personen in die Bundesrepublik – das

Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident, in Süddeutsche Online:

Eine gewisse konjunkturelle Eintrübung zeichnet sich [...] ab. Angesichts der Staatsschuldenkrise gibt es unverändert Risiken, die sich in Zukunft auch auf den Arbeitsmarkt auswirken könnten.

war der höchste Zuwanderungssaldo seit 1996. Wie viele dieser Einwanderer einen Job aufgenommen haben, weiß man allerdings nicht.

Die neuen Arbeitsstellen kommen den Menschen entgegen – sie bieten zum einen soziale Sicherheit und

Claus Matecki, DGB-Vorstandsmitglied, in Welt Online:

Sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen in viele schlecht bezahlte Jobs zu parzellieren oder arme Rentner in Minijobs zu stecken, ist die falsche Antwort.

zum anderen die Gelegenheit, Beruf und Privatleben besser zu vereinen:

Zum einen hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs deutlich zugenommen – binnen Jahresfrist um fast 600.000. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die nicht sozialversicherungspflichtigen Erwerbsformen – zum Beispiel Minijobs – an Bedeutung verloren haben. Gestiegen ist lediglich die Zahl jener Beschäftigten, die einen Minijob als Nebenerwerb haben – von 1,4 Millionen im Jahr 2003 auf 2,6 Millionen im Jahr 2011.

Zum anderen beruht das Beschäftigungswachstum auf einer Vielzahl neuer Teilzeitstellen (Grafik Seite 1):

Von den 660.000 neuen sozialversicherungspflichtigen Jobs, die 2011 entstanden, entfielen 43 Prozent auf Teilzeitstellen.

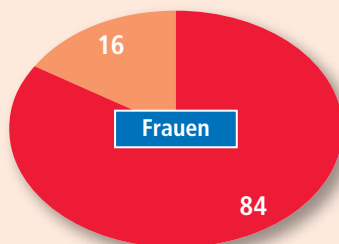
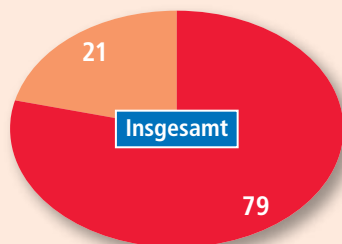
Damit ist heute ein Fünftel aller Beschäftigten in Teilzeit tätig – vor 20 Jahren waren es 10 Prozent. Vor allem Frauen haben Teilzeitjobs – 82 Prozent der Teilzeitleiter sind weiblich.

Am Thema Teilzeit scheiden sich jedoch die Geister. Oft heißt es, die Betroffenen würden, wenn möglich, lieber Vollzeit arbeiten. Empirisch belegt lässt sich das aber nicht (Grafik). Lediglich 21 Prozent aller Teilzeitleiter und nur 16 Prozent der Frauen würden lieber Vollzeit arbeiten; 20 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen hätten lieber einen Teilzeitjob. Könnten alle Arbeitnehmer entsprechend ihren Wünschen beschäftigt werden, gäbe es nicht mehr Vollzeit-, sondern vielmehr ein Plus an Teilzeitstellen.

Teilzeit: Wunsch und Wirklichkeit

So viel Prozent der Arbeitnehmer, die Teilzeit arbeiten, möchten ...

■ Teilzeit arbeiten ■ Vollzeit arbeiten



Stand: 2010
 Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 37

Intensive Verstrickungen

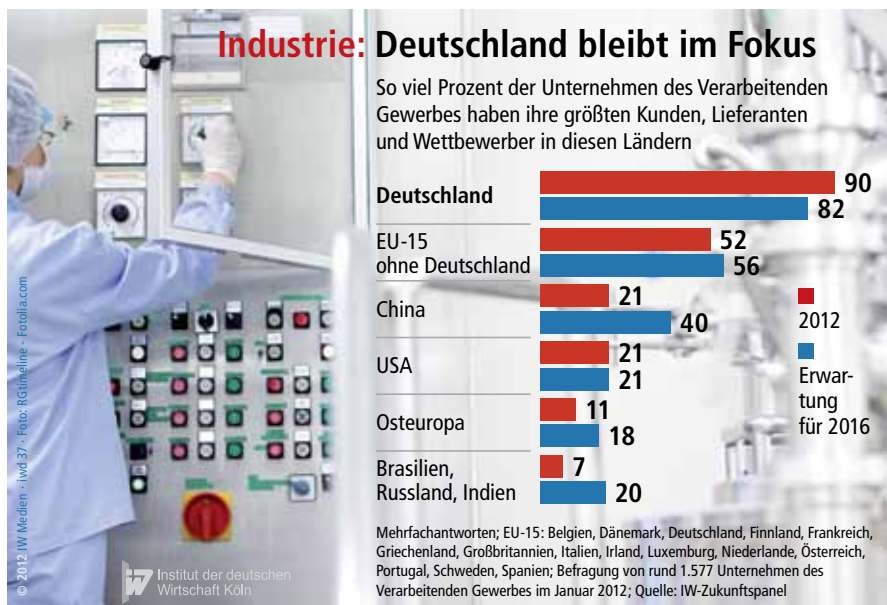
Wertschöpfungsketten. Industrieunternehmen in Deutschland sind wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Allerdings verändern sich Wertschöpfungsketten im globalen Wettbewerb und auch politische Entscheidungen wie die Energiewende können die Kunden-, Lieferanten- und Zuliefererbeziehungen beeinflussen.

Die Metallbranche macht es vor: In der deutschen Industrie werden die Beziehungen zu den Zulieferern immer wichtiger, während die Wertschöpfungstiefe der einzelnen Unternehmen abnimmt. Mittlerweile ist diese Verflechtung vergleichsweise weit fortgeschritten:

Der Industrie-Dienstleistungs-Verbund, in dem das Verarbeitende Gewerbe sowie die industrienahen Dienste zusammengefasst sind, trug zuletzt 31 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland bei – das sind rund 9 Prozentpunkte mehr als wenn die Industrie allein betrachtet wird.

Damit sind industrielle Wertschöpfungsketten – anders als etwa in Frankreich oder in Großbritannien – in der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung. Die Mehrheit der heimischen Unternehmen setzt dabei auf räumliche Nähe: So bevorzugt mehr als ein Drittel der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nationale Lieferanten sogar dann noch, wenn diese für Leistungen, die es in vergleichbarer Qualität aus dem Ausland gäbe, einen etwas höheren Preis verlangen.

An der Fokussierung der Firmen auf Deutschland wird sich auch künftig wenig ändern (Grafik):



Mehr als 80 Prozent der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes gehen davon aus, dass ihr größter Kunde, Lieferant oder Wettbewerber auch 2016 noch aus Deutschland stammt.

Gleichwohl verändern sich Geschäftsbeziehungen. Den größten Wandel erwartet die Industrie in ihren Kundenstrukturen (77 Prozent); auch den Lieferantenstrukturen stehen nach Einschätzung des Verarbeitenden Gewerbes große Veränderungen bevor (58 Prozent).

Die Wertschöpfungsketten verändern sich aber nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch international. So lassen der steigende Wettbewerbsdruck und die zunehmende Bedeutung östlicher Schwellenländer bei rund einem Drittel der Betriebe die Befürchtung aufkommen, dass Lieferketten mit deutscher Beteiligung reißen könnten. Vor allem Lieferanten aus China treten zunehmend als Konkurrenten deutscher Unternehmen auf.

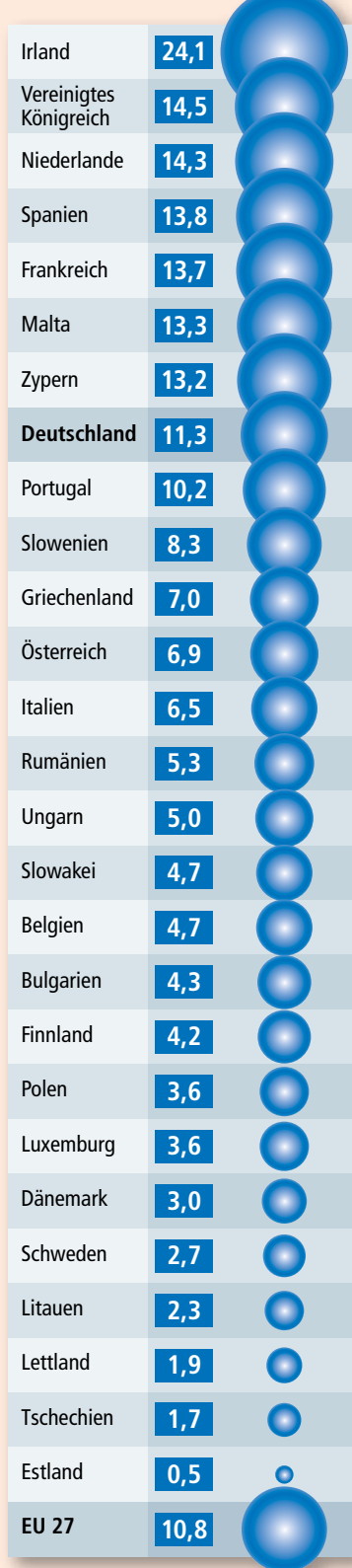
Der Einfluss der Energiewende

Mehr als 80 Prozent der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes haben energieintensive Lieferanten. Diese versorgen die Industrie nicht nur mit wichtigen Vorprodukten und Rohstoffen, sondern geben ihr auch wichtige Impulse: Rund 70 Prozent der Industrieunternehmen profitieren von der Innovationskraft energieintensiver Unternehmen – indem sie deren neue Entwicklungen kaufen. Und fast die Hälfte erzielt durch die Zusammenarbeit zusätzliche Innovationsimpulse – insbesondere in Sachen Material- und Energieeffizienz sowie bei der Entwicklung neuer Werkstoffe.

Die große Mehrheit des Verarbeitenden Gewerbes (80 Prozent) ist allerdings unsicher, wie sich die Energiewende auf den Standort Deutschland auswirken wird. Knapp 20 Prozent der Betriebe gehen sogar von einer deutlichen Schwächung des Standorts aus – zum Beispiel, weil etablierte Wertschöpfungsketten und Netzwerke unsicher werden; nur 1 Prozent erwartet eine deutliche Stärkung.

Sozialleistungen: Erst prüfen, dann zahlen

So viel Prozent der Sozialleistungen werden erst nach Prüfung der Bedürftigkeit gewährt – in Deutschland zum Beispiel Hartz IV
Stand: 2009



Sozialleistungen: Geld- und Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen, ohne steuerliche Vergünstigungen
Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 37

Eingriffe mit unerwünschten Folgen

EU-Sozialpolitik. Die europäischen Institutionen mischen auch in der Sozialpolitik kräftig mit, obwohl dafür die nationalen Regierungen zuständig sind. Die Konsequenzen tragen letztlich die Bürger: So dürfte die neue Unisex-Richtlinie der EU-Bürokraten die private und die gesetzliche Krankenversicherung verteuern, und Finanzmarktregulierungen bedrohen die betriebliche Altersversorgung.

Nicht erst seit der Euro-Schuldenkrise diskutieren Politiker und Wissenschaftler, ob bzw. wie viele Regeln in der Europäischen Union vereinheitlicht werden sollten. Ihre Sozialsysteme dürfen die Mitgliedsstaaten bislang noch weitgehend selbst gestalten. Entsprechend groß sind die Unterschiede. So werden die Sozialleistungen in Deutschland zu mehr als 60 Prozent aus Beiträgen finanziert, in Großbritannien stammt das Geld dagegen zu mehr als der Hälfte aus dem Steuertopf.

Auch im Detail setzen die EU-Länder eigene Schwerpunkte. Dies zeigt sich etwa bei den Ausgaben für die Altersversorgung und die Gesundheit. Da beide Posten tendenziell umso größer sind, je älter eine Bevölkerung ist, müsste ihr Verhältnis in Ländern mit vergleichbarer Altersstruktur ebenfalls ähnlich sein. Doch obwohl sich z. B. Deutschland und Österreich in demografischer Hinsicht ähneln, unterscheidet sich der Aufwand für die beiden Sparten des sozialen Sicherungssystems erheblich (Grafik Seite 5):

Deutschland gab zuletzt jeweils rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Altersversorgung und für Gesundheitsleistungen aus. Österreich dagegen steckte fast 13 Prozent der Wirtschaftsleistung in Renten und Pensionen, aber nur knapp 8 Prozent in das Gesundheitssystem.

Für die EU-weit großen Unterschiede spielen aber nicht nur Gegebenheiten wie die Altersstruktur und das Wohlstandsniveau eine Rolle. Auch die Wertvorstellungen prägen das jeweilige Sozialsystem. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, inwieweit die Leistungen nur gewährt werden, wenn Bedürftigkeit vorliegt, also das Einkommen oder Vermögen der Antragsteller eine bestimmte Höhe nicht übersteigt (Grafik):

Während in Deutschland 11 Prozent der Sozialleistungen an eine Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse gekoppelt sind, liegt der Anteil in Irland bei 24 Prozent, in Estland aber nur bei 0,5 Prozent.

Tendenziell gleichen sich die Sozialleistungen innerhalb der EU bereits an. Dennoch engen Vorgaben aus Brüssel die nationalen Spielräume immer mehr ein:

- **Unisex-Richtlinie.** Ab dem 21. Dezember 2012 müssen die Versicherungsunternehmen in der EU Männern und Frauen gleiche Tarife an-



IW-Positionen Nr. 54

Berthold Busch, Jochen Pimpertz: EU-Sozialpolitik – Einflüsse auf die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland, Köln 2012, 54 Seiten, 11,80 Euro.

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

bieten. Das mag gerecht erscheinen, ist aber ökonomisch wenig sinnvoll, wenn sich die Risiken der beiden Geschlechter unterscheiden. So müssen bislang Männer in der Kfz-Haftpflicht aufgrund ihres höheren Schadensrisikos oftmals mehr zahlen als Frauen. In der privaten Krankenversicherung (PKV) sind dagegen noch die Prämien für junge Frauen tendenziell höher – Grund sind die abzusichernden Risiken in der Schwangerschaft und bei der Geburt.

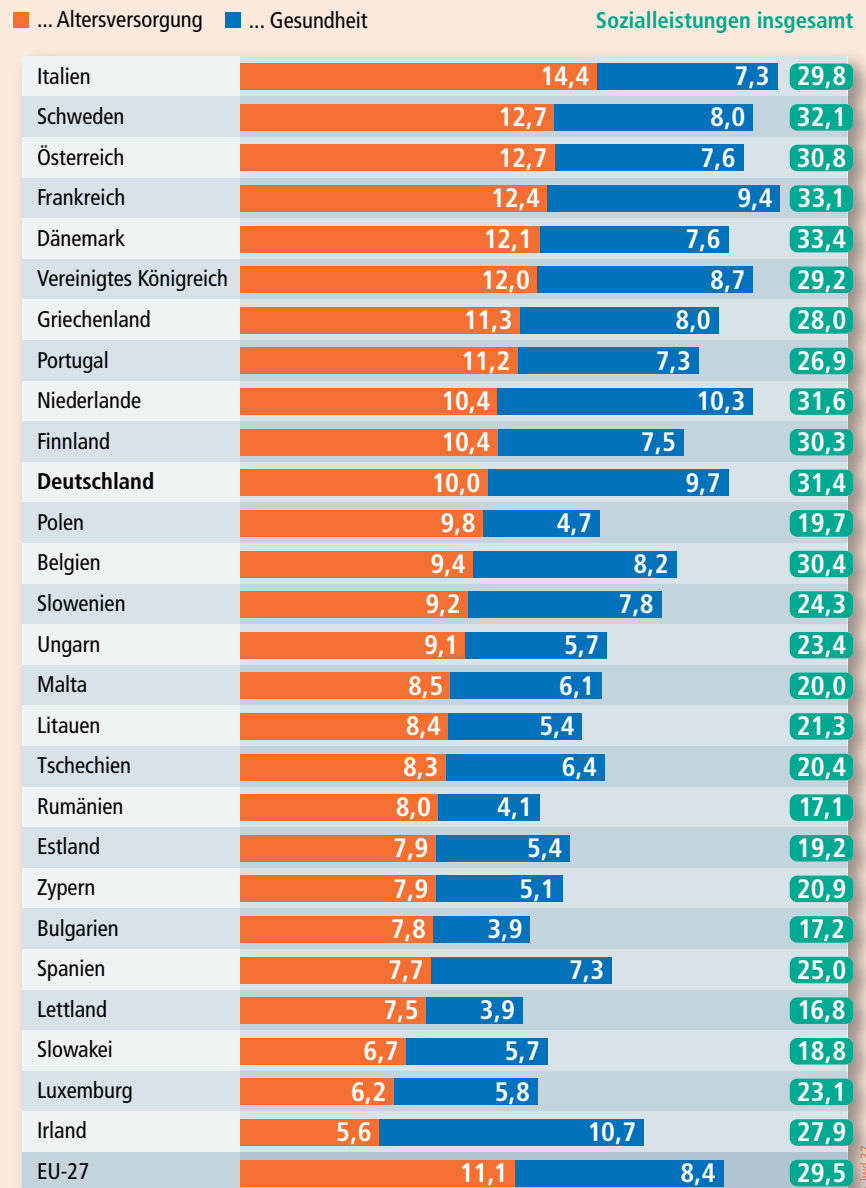
Diese Beispiele haben mit dem gesetzlichen Sozialschutz auf den ersten Blick nur wenig zu tun. Die Unisex-Richtlinie könnte aber auch in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ihre Spuren hinterlassen. Weil die Auswirkungen der Einheitstarife auf den Geschlechtermix der privat Versicherten ungewiss sind, kalkulieren die Versicherer vorsichtiger – privater Gesundheitsschutz wird also nach derzeitigem Stand insgesamt teurer.

Nun könnte man denken, es käme der Solidargemeinschaft doch zugute, wenn in der Folge mehr sogenannte Besserverdienende freiwillig in der GKV blieben und den Höchstbeitrag zahlen. Doch diese Rechnung muss nicht aufgehen. Denn nicht erwerbstätige Ehepartner und Kinder, für die in der PKV eigene Prämien fällig werden, sind bei AOK und Co. beitragsfrei mitversichert. Fallen die zusätzlichen Kosten für diese Familienmitglieder zusammen höher aus als die Beiträge der neuen, zahlenden Versicherten, droht den gesetzlichen Krankenkassen unterm Strich ein Minusgeschäft – und die Beiträge der Versicherten steigen.

- **Strengere Kapitalvorschriften.** Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise müssen Banken und Versicherungen in der EU mehr Eigenkapital

Die Sozialleistungen in der EU

Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 für ...



Sozialleistungen: Geld- und Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen, ohne steuerliche Vergünstigungen; Sozialleistungen für Altersversorgung: gesetzliche Renten und Pensionen, ohne Hinterbliebenenversorgung und Erwerbsminderungsrenten; Sozialleistungen insgesamt: unter anderem einschließlich Hilfen für Familien/Kinder und bei Arbeitslosigkeit; Quelle: Eurostat

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Wd 37

als bisher vorhalten. Diese strikteren Regeln möchte die EU-Kommission nun auch auf die Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung anwenden. Das würde für die Pensionskassen und -fonds in Deutschland jedoch einen zusätzlichen Finanzbedarf von etwa 40 bis 50 Milliarden Euro bedeuten (vgl. iwD 50/2011). Dieses Geld müssten die Arbeitgeber zuschießen – daraufhin würden sich wahrscheinlich viele Firmen aus die-

ser Säule der Altersversorgung zurückziehen. Das wäre fatal, soll doch die betriebliche Altersversorgung zusammen mit der privaten Vorsorge das sinkende Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente ausgleichen.

Zudem sind die höheren Eigenkapitalanforderungen gar nicht nötig. Generell haftet der Arbeitgeber für die betriebliche Versorgungszusage und im Insolvenzfall springt meist der Pensionssicherungsverein ein.

Aufholer und Platzhirsche

Bundesländer-Vergleich. Der Osten wächst dynamischer als der Westen. Und auch beim Wohlstandsniveau holen die neuen Bundesländer langsam, aber sicher auf – das zeigt das 10. Bundesländerranking der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

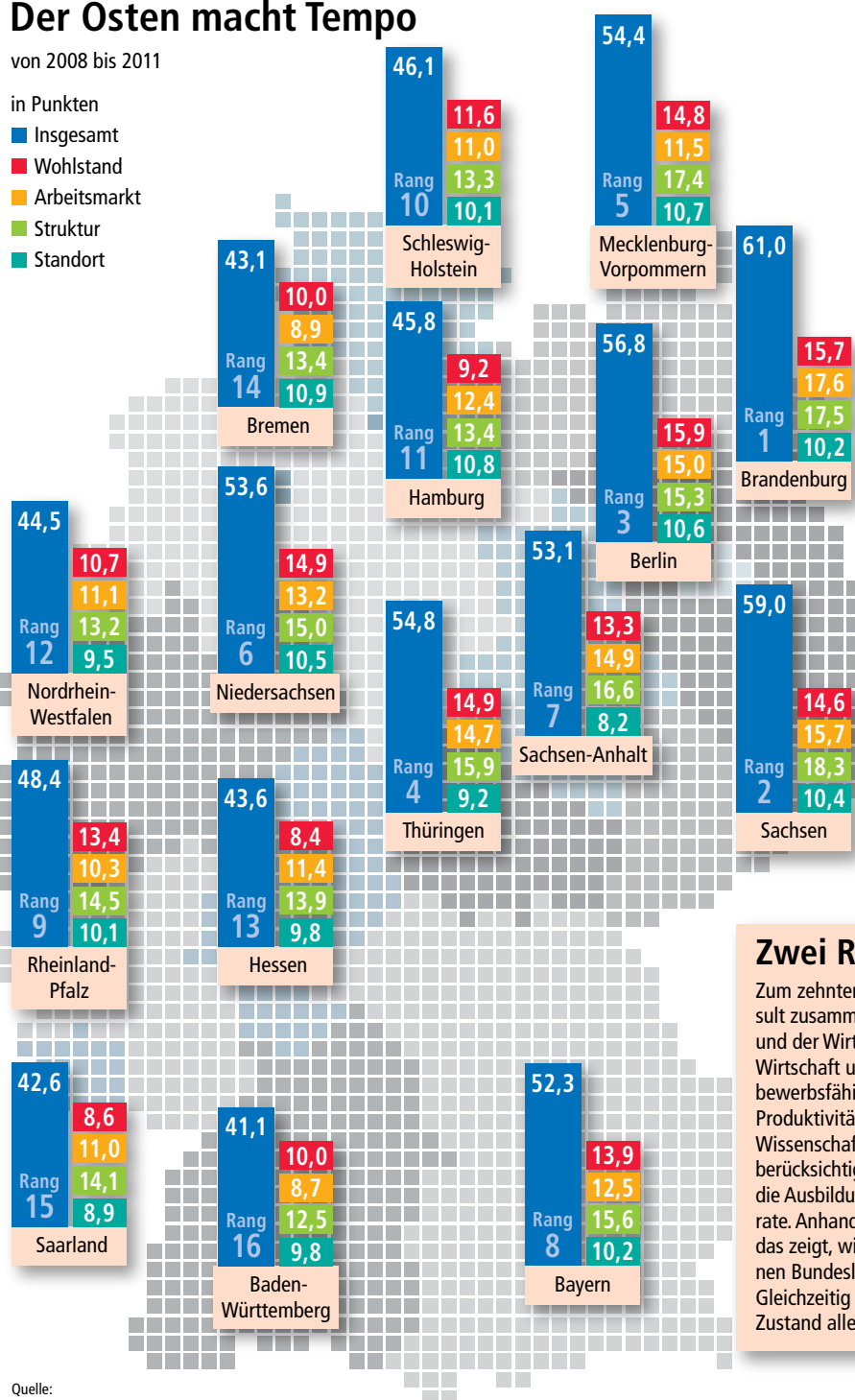
Die Sieger sind alte Bekannte: Zum 10. Jubiläum des Rankings platziert sich der zweimalige Champion Brandenburg erneut auf dem

Dynamikranking: Der Osten macht Tempo

von 2008 bis 2011

in Punkten

- Insgesamt
- Wohlstand
- Arbeitsmarkt
- Struktur
- Standort



Bestandsranking: Großer Wohlstand im Süden

2011

Rang	Bundesland	Punkte
1	Bayern	65,8
2	Baden-Württemberg	62,2
3	Hamburg	61,8
4	Hessen	58,4
5	Rheinland-Pfalz	54,4
6	Niedersachsen	51,2
7	Schleswig-Holstein	50,6
8	Nordrhein-Westfalen	50,3
9	Saarland	48,7
10	Sachsen	46,2
11	Thüringen	46,0
12	Bremen	45,2
13	Brandenburg	44,0
14	Mecklenburg-Vorpommern	38,9
15	Sachsen-Anhalt	38,6
16	Berlin	37,5

Quelle: IW Consult

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 37

Die wichtigsten Indikatoren:

Arbeitsmarkt: Arbeitslosenquote, Arbeitsplatzversorgung sowie Zahl der Erwerbstätigen;
Wohlstand: reales Bruttoinlandsprodukt, verfügbares Einkommen je Einwohner und Steuerkraft je Einwohner;
Struktur: ALG-II-Empfänger, Zahl der Straftaten, Schuldenquote, Exportquote, Schuldenstand der öffentlichen Haushalte und weitere Indikatoren;
Standort: Produktivität, Schulabgänger ohne Abschluss, Hochqualifizierte, Ausbildungsplatzdichte, Zahl der Patente und weitere Indikatoren
Quelle: IW Consult

Zwei Rankings

Zum zehnten Mal hat die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult zusammen mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche ein Bundesländerranking erstellt, das Wirtschaft und Wohlstand der Länder beleuchtet. Und da die Wettbewerbsfähigkeit eines Bundeslands von weit mehr abhängt als der Produktivität der Betriebe oder der Zahl der Arbeitsplätze, haben die Wissenschaftler fast 100 ökonomische und strukturelle Indikatoren berücksichtigt: so zum Beispiel die Betreuungsquote von Kleinkindern, die Ausbildungsplatzdichte, die Einwohnerzahl sowie die Kriminalitätsrate. Anhand dieser Indikatoren kommt ein Dynamikranking zustande, das zeigt, wie sich der Wohlstand und die Wirtschaft in den 16 einzelnen Bundesländern in den vergangenen drei Jahren entwickelt haben. Gleichzeitig vergleicht ein Bestandsranking den wirtschaftlichen Ist-Zustand aller Stadt- und Flächenstaaten.

ersten Rang, wenn es um das dynamischste Bundesland geht, und der Freistaat Bayern bekommt sogar schon zum neunten Mal die Krone des Niveausiegers im Ranking der Bundesländer mit dem höchsten Wohlstandsniveau verliehen.

Das diesjährige Dynamikranking hat mit den Jahren 2008 bis 2011 eine Zeit untersucht, die einer Achterbahnfahrt gleicht. Einem dramatischen wirtschaftlichen Abschwung aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise folgte ein ebenso beeindruckender Aufschwung.

Das Bundesland Brandenburg konnte sich in den wirtschaftlichen Turbulenzen am besten behaupten (Grafik Seite 6) und wird bereits zum dritten Mal in Folge zum dynamischsten Bundesland gekürt. Die Stärke der gesamten Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zeigt sich auch am dritten Platz von Berlin.

Brandenburg punktet bei vielen Einzelindikatoren. So stieg der Anteil der Erwerbstätigen an allen Einwohnern im Alter von 15 bis 64 Jahren um fast 5 Prozentpunkte und damit stärker als in allen anderen Bundesländern. Auch bei der Quote der Arbeitslosengeld-II-Empfänger, der Steuerkraft und der Exportquote hat sich Brandenburg deutlich verbessert.

Die Probleme mit der Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens haben sich noch nicht negativ auf das Ranking ausgewirkt – im Gegenteil. Der Schönefelder Flughafen hat eher für Wachstumsimpulse gesorgt. Das brandenburgische Wirtschaftsministerium notierte allein in den vergangenen zwei Jahren rund 200 Ansiedlungsvorhaben im Umfeld des neuen Airports mit insgesamt 9.000 neuen Arbeitsplätzen. Unter den Investoren sind große Unterneh-

men wie Rolls-Royce, Siemens und MTU. Wie sich allerdings die Verzögerungen bei der Flughafeneröffnung auswirken, bleibt abzuwarten.

Auch die anderen ostdeutschen Bundesländer machen Tempo. Besonders ihre Arbeitsmarktdaten haben sich verbessert – allerdings mit gewissen Einschränkungen. In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel ging der deutliche Rückgang der Arbeitslosenquoten mit einem Rückgang der Beschäftigung einher. Grund für die fallenden Quoten war die hohe Verrentung älterer Arbeitnehmer bei gleichzeitigem Rückgang der Berufseinsteiger.

In Berlin, Brandenburg und dem Freistaat Sachsen war dagegen auch eine steigende Zahl von Erwerbstätigen zu verzeichnen.

Im Westen der Republik zeigten sich Niedersachsen und Bayern am dynamischsten.

Im zweiten Teil des Bundesländervergleichs, dem Bestandsranking, hat sich auf den ersten Rängen wenig getan. Wie in den vergangenen neun Jahren steht der Freistaat Ba-

uern an der Spitze. Und ebenfalls wie immer lieferten sich Baden-Württemberg und Hamburg ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die Wohlstands-Silbermedaille.

Ins Mittelfeld dagegen ist Bewegung eingezogen: Zum ersten Mal in der Geschichte des Rankings konnten sich ostdeutsche Bundesländer vor einem westdeutschen Land platzieren: Sachsen auf Rang zehn und Thüringen auf Rang elf. Beide Bundesländer haben sich vor Bremen geschoben, das nur auf Platz zwölf landete. Zwar sind in beiden ostdeutschen Ländern die Wohlstandskennziffern schlechter als im Norden, doch das haben die Verbesserungen am Arbeitsmarkt wettgemacht.

Nichtsdestotrotz: Noch gibt es große strukturelle Unterschiede zwischen den Aufholern aus dem Osten und den Platzhirschen im Westen. In Sachen Arbeitsmarkt und Wohlstand werden besonders die drei Letztplatzierten Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin noch viel zu tun haben, bevor man von einer Angleichung der Lebensverhältnisse sprechen kann.

Wirtschaftsexperten machen Schule

Das Schülerbildungsprojekt FIT FÜR DIE WIRTSCHAFT startet ins neue Schulhalbjahr und die Wirtschaftstrainer – Angestellte der Targobank – schwärmen in der ganzen Republik aus, um in Schulklassen ehrenamtlich zu unterrichten.

In lebensnahen Praxisbeispielen, Übungen und Spielen erfahren die Jugendlichen, wie Wirtschaft funktioniert, wie die globale Finanzkrise entstanden ist, aber auch wie man ein Taschengeld-Budget erstellt und – um die spätere Berufswahl vorzubereiten – wo die persönlichen Stärken und Schwächen liegen.

Bundesweit werden auch in diesem Halbjahr wieder rund 40 Schulklassen an dem Angebot teilnehmen. Seit dem Projektstart im Jahr 2002 haben Targobank-Mitarbeiter das Wirtschaftstraining bereits 1.500 Mal angeboten. Rund 44.600 Schüler haben seitdem das Bildungsprogramm erfolgreich absolviert.

Zum zehnjährigen Bestehen hat die Standortinitiative „Land der Ideen“ das Schülerbildungsprojekt als „Ausgewählter Ort 2012“ gewürdigt. Am 30. November 2012 wird das Projektteam stellvertretend für alle Teilnehmer und Akteure ausgezeichnet.

Weitere Informationen unter: www.fitfuerdiewirtschaft.de

Gut gepolstert

Möbelindustrie. Die Branche hat sich von der Wirtschaftskrise erholt, die Exporte steigen. Nur die Probleme in einigen Eurostaaten machen den deutschen Möbelherstellern Sorgen.

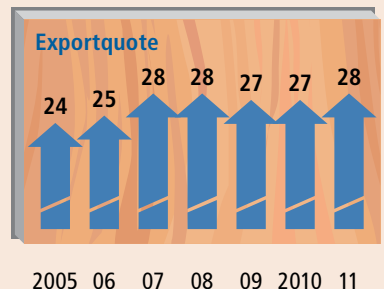
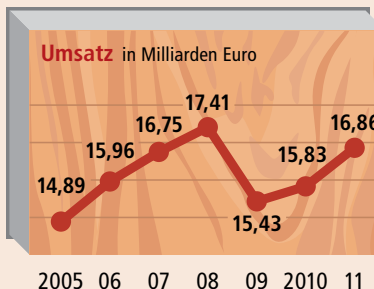
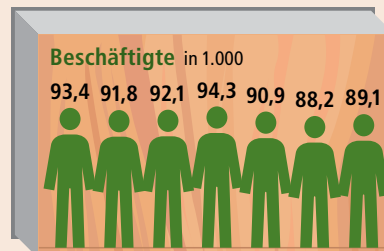
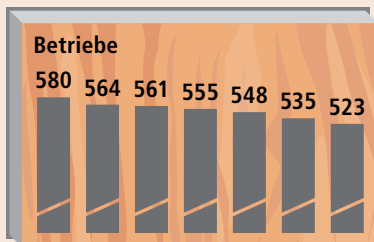
Der September ist der Monat der neuen Trends und der Innovationen, zumindest für die Möbelbranche. Die trifft sich alljährlich zur M.O.W., der Messe fürs Möbel-Business. Über 400 Aussteller aus 26 Ländern werden vom 22. bis 26. September in Bad Salzuflen ihre Neuheiten präsentieren. Im vergangenen Jahr kamen 10.000 Fachbesucher auf die M.O.W. – fast die Hälfte von ihnen aus dem Ausland.

Die neuen Produkte der Branche sind wichtig fürs Geschäft:

Die Innovationen rund um Sofas, Küchen und Schränke machen rund 18 Prozent des Gesamtumsatzes aus.

Zur deutschen Möbelindustrie zählten 2011 insgesamt 523 Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten

Die deutsche Möbelindustrie



Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten, Exportquote: Exporte in Prozent des Umsatzes
Quelle: Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw37

(Grafik). Die gut 89.100 Mitarbeiter – rund 80 Prozent sind übrigens männlich – erwirtschafteten einen Umsatz von 16,9 Milliarden Euro. Eine besondere Rolle spielt dabei die Produktion von Küchen: Zwar arbeiten dort lediglich 16 Prozent der Beschäftigten, doch bringen Arbeitsplatten, Küchenschränke und dergleichen fast ein Viertel des gesamten Umsatzes.

Von der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich die Branche mittlerweile gut erholt. Innerhalb eines Jahres war der Umsatz um mehr als 11 Prozent eingebrochen. Doch bereits 2010 konnten die Möbelhersteller wieder ein leichtes Plus von 2,5 Prozent verbuchen, 2011 hievte der

Zuwachs von 6,5 Prozent die Umsätze auf Vorkrisenniveau. Besonders zugelegt hat im vergangenen Jahr der Auslandsumsatz: Die Geschäfte mit Kunden jenseits der deutschen Grenzen stiegen 2011 um 10 Prozent und trugen so zu 28 Prozent des gesamten Umsatzes bei.

Allerdings bereiten die wachsenden Probleme in manchen Euroländern den Möbelherstellern Sorgen, schließlich erwirtschaften sie einen Großteil ihres Auslandsumsatzes innerhalb der Eurozone – 2011 waren es 64 Prozent. Daher setzen einige Produzenten nun verstärkt auf die Wachstumsregionen wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.